

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 11/5954, den Gesetzentwurf in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung anzunehmen. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - Danke schön. Die Fraktion der SPD. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und GRÜNEN in dritter Lesung verabschiedet. - Vielen Dank.

Ich rufe Tagespunkt 9, die am Mittwoch beschlossene Ergänzung der Tagesordnung, auf:

#### Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/5485

Beschlußempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Landwirtschaft,  
Forsten und Naturschutz  
Drucksache 11/5952

(B) dritte Lesung

Da nach der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes keine weitere Ausschußsitzung stattgefunden hat, ist Grundlage der heutigen Beschlußfassung diese Beschlußfassung des Ausschusses in zweiter Lesung.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Gorlas für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Gorlas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir wollen, daß dieses Gesetz so schnell wie möglich in Kraft tritt, und wir sind gegen jede Verzögerung; deshalb werde ich auch hier zur Sache nichts mehr sagen. Das war der erste Satz.

(C)

Der zweite Satz: Ich bedauere es, daß die CDU-Fraktion, die diese dritte Lesung beantragt hat, mit weniger als einem Dutzend Abgeordneten hier anwesend ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Leifert. Bitte schön!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Anderthalb Dutzend, muß man sagen!

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit.

Abgeordneter Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, der Kollege Gorlas ist noch nicht einmal des Eierzählens fähig. Er kann das Wort "Dutzend" nicht richtig definieren. Es sind nämlich wesentlich mehr.

(Lachen und Zurufe von der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wer so im Glas- haus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Meine Damen und Herren, damit es klar ist: Es sind 18.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Leifert, bitte!

Abgeordneter Leifert (CDU): Ich stelle jetzt also fest: Der Kollege Gorlas hat sich um 50 % verschätzt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Finden Sie das denn genug, Herr Leifert?)

Zitate aus der mündlichen Anhörung - die die SPD nicht wollte - vom 31. August 1993: "In wesentlichen Punkten falsch" - so der Nordrhein-Westfälische

(A) (Leifert [CDU])

Städte- und Gemeindebund - oder "in wesentlichen Punkten unzureichend und ergänzungsbedürftig" - so der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband. Von Reaktionen schriftlicher Art der Wohnungsbauwirtschaft zu diesem Gesetzentwurf will ich gar nicht reden.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Können Sie aber ruhig!)

Von harmonischer und effektiver Verbindung von Ökologie und Ökonomie, von Naturschutz auf der einen Seite und von Bauen und Wohnen als wichtige kommunale Aufgabe auf der anderen Seite, kann im SPD-Gesetz keine Rede sein. Vor dem Hintergrund eines hohen Fehlbedarfs an Wohnbauland und vor dem Hintergrund großer Wohnungsnot ist dieser Gesetzentwurf vollkommen kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU)

Als der Gesetzentwurf vorgelegt wurde, meine Damen und Herren, erschien er, das muß ich zugeben, auf den ersten Blick eher harmlos. Die SPD hat mit der Vorlage ihrer Änderungsanträge im Verlauf des Verfahrens - selbst redaktionelle Änderungen waren noch nötig - selbst bewiesen, daß eine intensive Beratung zwingend notwendig war. Die Hauruck-Methode, mit der die SPD-Fraktion das Gesetzgebungsverfahren guillotinierte wollte - ohne Anhörung, ohne mündliche Befragung von Experten und Betroffenen -, zeigt aber deutlich: An ernsthafter Beratung ist der SPD nicht gelegen.

(B)

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es war schon beschämend, mit welcher Mißachtung durch Abwesenheit und Desinteresse ein großer Teil der SPD-Ausschußmitglieder die Angehörten bedachten.

(Zurufe von der SPD - Abgeordneter Hunger [SPD]: Gucken Sie nach rechts!)

- Herr Kollege Hunger, nun geben Sie doch Ihrer Kaffeeklappenstimmung nicht nach!

(Widerspruch von der SPD)

(C)

Die von der SPD nachgeschobenen Änderungen weisen in die richtige Richtung, schließen zum Beispiel Enteignungsmöglichkeiten aus; aber auch nach den Änderungen bleibt der Gesetzentwurf unzureichend und falsch.

Erstens. Die Befreiung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ausschließlich für sozial geförderte Wohnungen, für Alten- und Behindertenwohnungen sowie für Miet- und Genossenschaftswohnungen ist eine Diskriminierung des freifinanzierten Wohnungsbaus. Sie werfen denen, die sich heute unter großen Mühen Eigenheime und Eigentumswohnungen schaffen wollen, Knüppel zwischen die Beine. Das ist für Orte in den ländlichen Regionen besonders schmerzlich, aber mit diesen hat die SPD ohnehin wenig am Hut.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Denken Sie doch, meine Damen und Herren, auch an die vielen, denen Bauen erschwert wird. Jedes Eigenheim und jede Eigentumswohnung machen aber eine andere Wohnung im Land frei und lindern damit die Wohnungsnot. Dem wird der Gesetzentwurf nicht gerecht.

Zweitens. Die Forderung nach Ersatzgeldzahlungen für Baumaßnahmen im unbepflanzten Innenbereich sowie in alten Bebauungsplänen, die vor dem 21. Mai 1980 in Kraft getreten sind, ist kaum geeignet, dem Ziel des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes gerecht zu werden, den Wohnungsbau zu fördern, zu unterstützen.

(D)

Der Landkreistag sagt in seiner Stellungnahme ganz deutlich, was von diesem Gesetzentwurf zu halten ist: Er ist in wesentlichen Punkten eine Erschwerung auf dem Weg, vernünftige Ziele zu erreichen; er sollte im Grunde genommen bis 1998 - das ist die Frist - unterbleiben. Bis dahin kann das geltende Gesetz die Dinge wesentlich besser erfüllen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD, was Sie vorhaben, wird wesentlich dazu führen, daß Baulückenschließungen und Arrondierungen verteuert und damit erschwert werden. Als Folge wird der Außen-

(A) (Leifert [CDU])

bereich stärker durch Neuplanungen in Anspruch genommen, und das läuft Interessen des Natur- und Umweltschutzes diametral zuwider.

Abschließend darf ich feststellen:

Es ist ein Trauerspiel, wie die SPD-Mehrheit im Lande die Bestrebungen des Bundes, Wohnbaulandbeschaffung zu erleichtern und den Wohnungsbau insgesamt zu fördern, mit vielerlei Mitteln, so auch mit dieser Novellierung des Landschaftsgesetzes, hintertreibt. Das wird der Zukunft und den Interessen unserer Wohnungssuchenden im Lande in keiner Weise gerecht. Die Kommunen bedauern, daß so etwas hier heute in dritter Lesung verabschiedet wird. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Leifert. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht der Abgeordnete Meyer.

(B) Abgeordneter Meyer<sup>n</sup> (Westerkappeln) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe bis zur letzten Minute in der Hoffnung gelebt, daß sich heute noch etwas ändert. Es hat sich nichts geändert. Damit ändert sich auch unser Abstimmungsverhalten in dieser Lesung nicht.

Ich wünsche allen ein schönes Wochenende. - Danke schön.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Vizepräsident Schmidt: Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Dr. Vesper das Wort.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Als Landwirtschafts- und Landschaftsexperte kann ich mich den Worten meines Vorredners nur anschließen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Heugel [SPD]: So wird man zum Experten!)

(C)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Vesper. - Für die Landesregierung erteile ich in Stellvertretung für den Minister für Umwelt, Raumordnung und so weiter Frau Kollegin Brusis das Wort. Bitte schön!

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Es ist das gute Recht einer Fraktion, eine dritte Lesung zu beantragen. Aber ich kann nicht feststellen, daß wir zwischen der zweiten und der dritten Lesung zu neuen Erkenntnissen gekommen sind.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schade!)

Es könnte hier nur noch um den Austausch altbekannter Positionen gehen.

(Abgeordneter Tschöeltsch [F.D.P.]: Genau!)

Um ein Mißverständnis des Vertreters der CDU-Fraktion auszuräumen, der offensichtlich nicht differenziert genug hingesehen hat: Es ist keine Diskriminierung des freifinanzierten Wohnungsbaus. Auch der freifinanzierte Wohnungsbau - zumindest der freifinanzierte Mietwohnungsbau - ist in Teilen von der Ausgleichsabgabe ausgenommen.

(D)

(Abgeordneter Leifert [CDU]: Sie sollen doch versöhnen und nicht spalten!)

Es ist also weder eine Diskriminierung des freifinanzierten Wohnungsbaus noch ist es eine Diskriminierung der Eigentumbildung, denn auch Eigentumsmaßnahmen sind zum Teil von den Ausgleichsmaßnahmen ausgenommen.

(Abgeordneter Leifert [CDU]: Nicht teilen!)

Ich wollte dies nur richtigstellen. Vielleicht ändert das ja die Einstellung der CDU-Fraktion in der Beschlussfassung. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin Brusis! - Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 11/5952. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dritter Lesung verabschiedet.

Meine Damen und Herren wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung. Die nächsten Plenarsitzungen finden nach unserem Zeitplan vom 6. bis 8. Oktober statt.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Heimfahrt und ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 15.30 Uhr

(B)

Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft  
(§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

(C)

(D)

Ausgegeben: 04. Oktober 1993

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen 4000 Duiseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 8842430 zu beziehen